Stand: 04.12.2025 14:38:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2432

"Schutz vor Hochwasser flächendeckend umsetzen und Personal aufstocken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2432 vom 12.06.2024
2. Beschluss des Plenums 19/2473 vom 13.06.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 22 vom 13.06.2024

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 12.06.2024 **Drucksache** 19/**2432**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis, Patrick Friedl, Laura Weber, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Schutz vor Hochwasser flächendeckend umsetzen und Personal aufstocken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend weitere Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Gemeinden vor Hochwasser zu schützen.

Dafür sind insbesondere folgende Maßnahmen erforderlich:

– Für alle Gemeinden Bayerns an Fließgewässern müssen schnellstmöglich Hochwasserschutzmaßnahmen für ein hundertjährliches Hochwasser plus Klimazuschlag umgesetzt werden.

– Bestehende Überschwemmungsgebiete sind neu zu bewerten und anzupassen und neue Überschwemmungsgebiete gemäß neuen Erkenntnissen festzusetzen.

– Die Stellen an den Wasserwirtschaftsämtern werden schnellstmöglich auf 3 000 Stellen erhöht, die Wasserwirtschaftsämter werden dezentralisiert und weitere Standorte errichtet (z. B. Würzburg).

Begründung:

Der verheerende Starkregen in Südbayern Anfang Juni 2024 hat zu massiven Schäden durch Überflutungen in großen Teilen von Schwaben und Oberbayern geführt. Häuser und Keller wurden überflutet und Existenzen zerstört. Landwirtschaftliche Flächen wurden in großem Umfang unter Wasser gesetzt und die Ernten vernichtet. Selbst Todesopfer sind zu beklagen. Allein die versicherten Schäden werden auf über 2 Mrd. Euro geschätzt. Leider zeigt es sich, dass viele baureife Projekte zum Schutz der Bevölkerung, die die Schäden deutlich vermindert hätten, aus finanziellen und personellen Gründen nicht umgesetzt werden konnten. Hochwasserschutz und Sturzflutmanagement haben jetzt höchste Priorität. Hundertjährliche Hochwässer können überall auftreten. Deshalb brauchen wir funktionierenden Hochwasserschutz an allen gefährdeten Gemeinden. Für Hochwasserschutzmaßnahmen an Gewässern 1. und 2. Ordnung ist der Freistaat selbst verantwortlich, bei Gewässern 3. Ordnung sind es die Kommunen. Bei Gewässern 3. Ordnung sind zukünftig nicht nur der Ausbau, sondern auch der Unterhalt dieser Hochwasserschutzmaßnahmen zu fördern. Durch passgenaue Förderprojekte sollen die Gemeinden ertüchtigt werden, Maßnahmen selbst umzusetzen. Bestehende festgesetzte Überschwemmungsgebiete müssen an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden. Bekannte oder nach neuen Erkenntnissen festgestellte Überschwemmungsgebiete müssen gesichert und anschließend festgesetzt werden. Das in vorläufig gesicherten und in festgesetzten Überschwemmungsgebieten herrschende grundsätzliche Bebauungsverbot vermindert potenzielle Schäden. Die Ausnahmeregelungen beim grundsätzlichen Bebauungsverbot müssen restriktiver gehand-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

habt werden. Hochwasserschutz kann nur mit ausreichend Personal umgesetzt werden. Deshalb brauchen wir mehr Stellen an den Wasserwirtschaftsämtern. In den letzten 30 Jahren wurden fast 1 000 Stellen abgebaut – das muss rückgängig gemacht werden. Und wir brauchen mehr Wasserwirtschaftsämter in den Regionen. Aktuell gibt es in Bayern 17 Wasserwirtschaftsämter für 71 Landkreise. Das ist zu wenig. Auch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hat im letzten Jahr zusätzliche Mittel von jährlich 560 Mio. Euro für erforderlich gehalten, ohne dass dies im aktuellen Doppelhaushalt berücksichtigt wurde. Jeder jetzt investierte Euro spart in der Zukunft ein Vielfaches an Geld, das wir für die Schadensregulierung benötigen. Und jeder investierte Euro schützt Leben und Eigentum.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 13.06.2024 **Drucksache** 19/**2473**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis, Patrick Friedl, Laura Weber, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/**2432**

Schutz vor Hochwasser flächendeckend umsetzen und Personal aufstocken

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Christian Hierneis
Abg. Alexander Flierl
Abg. Patrick Friedl
Abg. Andreas Winhart
Abg. Marina Jakob
Abg. Florian von Brunn
Abg. Gerd Mannes
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutz vor Hochwasser flächendeckend umsetzen und Personal aufstocken (Drs. 19/2432)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hochwasserschutz in Bayern fortsetzen und Lehren aus dem letzten Extremwetterereignis einbeziehen (Drs. 19/2464)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Christian Hierneis das Wort.

Christian Hierneis (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Hochwasserkatastrophe, deren Folgen wir noch lange zu tragen haben, hätte uns eigentlich aufschrecken müssen. Natürlich muss den Betroffenen zuallererst geholfen werden, und wir freuen uns, dass die Staatsregierung jetzt 200 Millionen Euro dafür zur Verfügung stellt.

Aber da sind wir auch schon beim Knackpunkt. Wir bezahlen riesige Summen zur Schadensregulierung, anstatt Geld in die richtige Vorsorge zu stecken. 200 Millionen Euro im Jahr im Haushalt für Wasserbau sind schön und gut, aber genauso viel kostet die staatliche Hilfe für das aktuelle, also für ein einziges Hochwasserereignis. Das ist nur die staatliche Hilfe. Insgesamt sind es über 2 Milliarden Euro. Jetzt zu investieren, spart in Zukunft Geld und rettet Menschenleben und Eigentum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der letzten Zeit wurden viele notwendige Hochwassermaßnahmen wegen fehlender Mittel und Personalmangels nicht umgesetzt. Das muss jetzt anders werden. Wir brauchen in unseren Gemeinden einen Hochwasserschutz, der auf ein hundertjährliches Hochwasser plus den sogenannten Klimazuschlag ausgerichtet ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Wir brauchen dafür neben allen wasserbaulichen Maßnahmen vor allem kleinteilige Maßnahmen in den Orten, am besten sogar um besonders gefährdete Häuser oder Siedlungseinheiten herum. Das kann technischer, aber auch ökologischer Hochwasserschutz sein. Wir müssen diese Maßnahmen auf ein hundertjährliches Hochwasser oder sogar mehr auslegen, um auf der sicheren Seite zu sein. Ein sogenanntes hundertjährliches Hochwasser kann mittlerweile überall vorkommen, wie uns allein die letzten 25 Jahre zeigen.

Wir haben in den letzten Jahren bereits viele Maßnahmen vorgeschlagen, die wir favorisieren. Das ist vor allem der ökologische Hochwasserschutz. Ihnen scheint dieser aber nicht so wichtig zu sein; denn Sie haben im Doppelhaushalt gerade mal 20 Millionen Euro dafür eingestellt. Damit schaffen wir gar nichts. Die Staatsregierung will vor allem Polder und technischen Hochwasserschutz. Ja, auch das brauchen wir. Aber wir wollen primär ökologischen Hochwasserschutz. Wir wollen den Wasserrückhalt in der Fläche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Interessanterweise haben sich in den letzten Wochen immer mehr Mitglieder der Regierungsfraktionen dieser Forderung angeschlossen. Sie schreiben das jetzt immerhin in die Begründung Ihres nachgezogenen Antrags, nachdem Sie jahrelang alle unsere diesbezüglichen Anträge abgelehnt haben. In Ihrem Antragstext selbst steht allerdings wieder nichts zum ökologischen Hochwasserschutz. Ihr nachgezogener Antrag ist zwar schwammig und enthält nichts Konkretes, aber wir stimmen ihm zu in der Hoffnung, dass sich etwas ändert.

Wir müssen aufgrund unserer jetzigen Erfahrungen und der Karten, die wir jetzt haben, auch die Überschwemmungsgebiete neu kartieren. Wir müssen mehr bereits bekannte Überschwemmungsgebiete vorläufig sichern und endlich festsetzen. Dort muss endlich ein striktes Bauverbot herrschen; es dürfen nicht mehr so viele Ausnahmen gemacht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle Maßnahmen zum Hochwasserschutz, alles, was Sie wollen und was wir fordern, kann nur umgesetzt werden, wenn es genügend Personal an den Wasserwirtschaftsämtern gibt. Dort hat die Zahl der Stellen während Ihrer Regierungszeit in den letzten 30 Jahren um fast 1.000 abgenommen, und Sie haben jetzt null neue Stellen im Haushaltsplan. So wird das überhaupt nichts mit dem Hochwasserschutz.

Wir brauchen die Wasserwirtschaftsämter dezentral vor Ort. Heute haben wir 17 Wasserwirtschaftsämter, die für 71 Landkreise zuständig sind. Das sind im Schnitt mehr als 4 Landkreise pro Wasserwirtschaftsamt, und das bei den aktuellen Herausforderungen. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben zu wenige Wasserwirtschaftsämter und nicht ausreichendes Personal. Je weniger Sie hier investieren, desto weniger Hochwasserschutz schaffen Sie für die Menschen in Bayern, und das wollen wir nicht. Investieren Sie heute, dann sparen und schützen Sie morgen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Alexander Flierl von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Extremwetterereignisse am Fronleichnamswochenende haben uns wieder eindrücklich vor Augen

geführt, wie wichtig Hochwasserschutz ist. Der Hochwasserschutz ist wieder ins Gedächtnis gekommen, ganz besonders in das der Betroffenen, aber natürlich auch in das der gesamten bayerischen Bevölkerung. Ich glaube, es hat sich gezeigt, dass wir in der Lage sind, im Rahmen des Katastrophenschutzes auch zu handeln und noch Schlimmeres zu verhindern, auch wenn wir natürlich Menschenleben und große Schäden an Hab und Gut zu beklagen haben.

Deswegen bekennen wir uns nicht nur bei diesen Hochwasserereignissen, sondern ständig zum vorbeugenden Hochwasserschutz in ganz Bayern. Wir setzen vor allem auch darauf, die vielfältigsten Szenarien in unsere Planungen einzubeziehen.

Aber, lieber Kollege Hierneis, welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie denn vor? Wo wollen Sie letztendlich hin? – Sie sagen nur, dass weitere Maßnahmen zu ergreifen wären. Sie stellen unbewiesene Behauptungen auf: Man habe am Hochwasserschutz gespart; man habe Personal abgebaut. Das ist ganz klar in den Bereich der Märchen zurückzuweisen. Was Sie hier sagen, ist eindeutig unwahr.

Sie implizieren mit Ihrem Antrag den Vorwurf, es würde nichts getan. Das Gegenteil ist der Fall. Da brauchen Sie eigentlich nur auf die Haushaltsberatungen der letzten Woche zurückzublicken. Wir investieren 200 Millionen Euro in unsere Wasserschutzprogramme, in den Gewässerschutz, insbesondere in den Hochwasserschutz, in unser Programm "PRO Gewässer 2030". Das ist ein wuchtiger Aufschlag und zeigt, dass die Bereiche, die Sie aufzeigen, bearbeitet werden, dass wir genau hier tätig werden und dass wir dies natürlich auch als dauernden Prozess ansehen.

Sie tun hier heute mit Ihrem Antrag so, als würde es nur ein Fingerschnippen kosten, als bräuchten wir dem Antrag nur zuzustimmen und alle Probleme wären gelöst. Mitnichten! Hier muss man dann schon auch weitergehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in der kommenden Woche im Fachausschuss genau diese Punkte beraten werden, dass wir uns unterhalten werden über die Ereignisse am Fronleichnamswochenende, über das aufgetretene Hochwasser, über die Ursachen,

über die Auswirkungen und auch darüber, welche konkreten Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Die grundlegenden Linien haben wir bereits in unseren Programmen, wie in dem Programm "PRO Gewässer 2030", festgelegt. Nicht erst seit gestern und nicht erst seit dem letzten Hochwasser, sondern schon seit 25 Jahren betreiben wir hier Hochwasserschutz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen sind Ihre Forderungen Allgemeinplätze.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

In unserem Programm "PRO Gewässer 2030" sind die Hochwasserschutzanlagen auf HQ100 plus Klimazuschlag festgeschrieben. Darin sind die Hochwassergefahrenkarten festgeschrieben, die weitestgehende Freihaltung von Überschwemmungsgebieten von Bebauung und natürlich auch das Festhalten an den technischen Vorkehrungen. Aber darauf allein setzen wir nicht. Deswegen sprechen wir auch vom vorbeugenden Hochwasserschutz. Wir sagen nämlich: Jawohl, wir brauchen technische Anlagen, und es wird nicht ohne sie gehen; genauso wird es aber auch auf den dezentralen natürlichen Hochwasserschutz ankommen, den wir ebenfalls seit jeher verstärkt ins Auge fassen. Dafür stellen wir entsprechende Mittel zur Verfügung und setzen auf Retentionsflächen und natürlichen Wasserrückhalt. Hier wollen wir weiter vorangehen.

Genau darauf fußen die drei Säulen des Programms "PRO Gewässer 2030": Vorbeugung von Hochwasserschäden, Renaturierung von Flüssen, Bächen und Auen und natürlich die Unterstützung der Erlebbarkeit der Erholungsfunktion der Gewässer.

Ihr Antrag führt nicht weiter. Er beschreibt lediglich das, was wir eh schon tun und wofür wir seit vielen Jahren verstärkte Anstrengungen unternehmen. Uns geht es

darum, aus den letzten Szenarien und Ereignissen zu lernen, dass wir diese in unsere Strategien und Konzeptionen einbeziehen und insbesondere schauen, wie wir Verfahren beschleunigen können und dem Hochwasserschutz besonders hohes Gewicht einräumen. Das ist doch genau die Konsequenz, die wir aus den Ereignissen der vergangenen Wochenenden letztendlich ziehen müssen.

Auf diesem Weg wollen wir weiter voranschreiten. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag, der den bisherig beschrittenen Weg bestärkt und die richtigen Schlüsse aus den bisherigen Ereignissen zieht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt noch die Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Patrick Friedl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. – Bitte schön.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Flierl, Sie haben gerade gesagt, es habe keinen Abbau von Stellen im Bereich der Wasserwirtschaft gegeben, und haben das in den Bereich der Fabel oder so ähnlich verwiesen.1996 gab es 2.996 Stellen. Nach dem Pfingsthochwasser 2006 gab es immerhin noch 2.474. Heute gibt es noch um die 2.100 Stellen. Wie bewerten Sie das? Ist das ein Stellenzuwachs oder eine Stellenmehrung? Wir hatten 24 Wasserwirtschaftsämter; heute sind es noch 17. Die Einzugsbereiche der Wasserwirtschaftsämter – das hat Herr Hierneis klar dargestellt – sind mittlerweile viel zu groß, und das Personal ist zahlenmäßig viel zu gering. Sie können kaum noch Ortstermine wahrnehmen, zumal dann, wenn sie weit entfernt sind. Ich nenne Ihnen als Beispiel das Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit!

Patrick Friedl (GRÜNE): Die zuständigen Mitarbeiter haben dort bis zum Hochwasserschutzgebiet Kitzingen eine Anfahrt von über 100 Kilometern. Dort nimmt kaum noch jemand den langen Weg auf sich.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herzlichen Dank auch für die Zwischenfrage. Ich glaube, wir sind uns wohl darüber einig, dass die Wasserwirtschaftsämter vielfältige Aufgaben zu erfüllen haben. Zu diesen gehört unter anderem der Hochwasserschutz. Im Bereich des Hochwasserschutzes haben wir nicht gespart.

Ihr Ansatz ist total verkürzt. Wir haben als Fachbehörden die 17 Wasserwirtschaftsämter, die selbstverständlich gewisse Bereiche bearbeiten müssen. Ich denke aber, durch zusätzliche Ämterstandorte werden wir die Probleme nicht lösen können. Sie übersehen völlig, dass auch bei den Regierungen Stellen für den Bereich bestehen und Personal beschäftigt ist, das im Bereich des Hochwasserschutzes tätig ist. Gleiches gilt für die 96 Landratsämter und die kreisfreien Städte. Alle zusammen bewältigen die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen und die wir nicht erst seit gestern erleben. Alle zusammen packen das nicht erst seit den letzten Hochwassern, sondern seit 25 Jahren an. Alle werden gemeinschaftlich tätig und setzen das im Schulterschluss mit den betroffenen Kommunen, den Gemeinden und den Bürgern um.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben die erschreckenden Bilder der Hochwasserkatastrophe der letzten Tage vor Augen. Der eine oder die andere hat die Katastrophe vor Ort miterleben müssen. Ich komme aus Bad Aibling. Wir hatten im Jahr 2013 bei uns das letzte größere Hochwasser, als die Mangfall über die Ufer getreten ist, vor allem im Bereich Kolbermoor. Seit einigen Jahren sind die Hochwasserschutzmaßnahmen mit dem Hochwasserpolder in Feldkirchen-Westerham verstärkt worden. Man konnte bei diesem

Ereignis sehen – zugegebenermaßen hat es bei uns etwas weniger geregnet als in Schwaben –, dass die Schutzmaßnahmen gegriffen haben, meine Damen und Herren. Trotzdem ist es nicht gelungen, die Bevölkerung auch in der Region Rosenheim – nicht nur Schwaben stand im Mittelpunkt – gänzlich zu schätzen. Wir haben gesehen, dass durch die Sturzfluten, die hauptsächlich im Eingangsbereich des bayerischen Inntals aufgetreten sind, enorme Schäden entstanden sind, die durch herkömmliche oder bisherige Hochwasserschutzmaßnahmen kaum zu verhindern gewesen wären.

In Schwaben hat sich ein anderes Bild gezeigt. Dort hatten wir Dauerregen. Es handelte sich nicht um massive Regenfälle in kürzester Zeit, sondern wir hatten anhaltende Regenfälle und ein Anschwellen der Flüsse. Dies hat sich dann beispielsweise bis nach Passau fortgetragen. Von Passau wissen wir, dass es dort regelmäßig zu Hochwasserereignissen kommt.

Meine Damen und Herren, wie kann man dem Ganzen begegnen? – Man kann an das Problem pragmatisch herangehen. Man kann es aber auch mit Bürokratie versuchen, wie die GRÜNEN das tun. Meine Damen und Herren, Ihr Antrag ist abzulehnen. Der erste Spiegelstrich in Ihrem Antrag ist populistisch formuliert. Sind Hochwasserschutzmaßnahmen zu ergreifen? – Ich glaube, wir alle denken das hier. Darauf sind wir auch gekommen. Die Fragen sind: Wie? Von wem? Wann? Wer zahlt es? Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie hätten mal einen Vorschlag machen können. Das ist aber Ihre Art, Politik zu machen: Sie stellen etwas in den Raum, und nichts kommt hinterher.

Gemäß dem zweiten Spiegelstrich sind die bestehenden Überschwemmungsgebiete neu zu bewerten und anzupassen. Was glauben Sie denn, was unsere Wasserwirtschaftsämter den ganzen Tag machen? Dort sitzen Fachleute, die sich damit beschäftigen. Natürlich werden die Überschwemmungsgebiete neusten Erkenntnissen angepasst.

Mit dem dritten Spiegelstrich fordern Sie, die Zahl der Stellen an den Wasserwirtschaftsämtern auf 3.000 zu erhöhen. Meine Damen und Herren, Sie haben das vielleicht nicht mitbekommen, weil das der Einwand des Kollegen vorhin war. Früher war das alles anders. Ja, es gibt eine Digitalisierung. Wir haben mal nachgeschaut, wie sich die Pegel entwickeln. Heutzutage funktioniert alles digital. Es braucht keinen mehr, der vor Ort fährt und händisch überprüft oder mit einem Foto nachmisst. Mit Bürokratie bekämpft man kein Hochwasser, liebe GRÜNE. Das muss man ganz klar sagen.

(Beifall bei der AfD)

Der Dringlichkeitsantrag der CSU erhält unsere Unterstützung. Herr Hofmann, zu diesem Antrag gibt es also Applaus von rechts. Wir stimmen aus mehreren Gründen zu. In dem Antrag heißt es, die Staatsregierung wird aufgefordert, erfolgreich fortzusetzen, was sie im Hochwasserschutz getan hat. Die Betonung liegt auf "erfolgreich". Es wäre wirklich mal gut, wenn es erfolgreich wäre.

Wir wollen grundsätzlich das Momentum der Beschleunigung hervorheben. Das ist besser, als auf Bürokratie zu setzen. Werte Kollegen, eines muss Ihnen aber auch klar sein: Alle Eingriffe in die Natur, wenn es um Hochwasserschutzmaßnahmen geht – Dämme, Polder etc. –, sind Eingriffe in die Ökosysteme. Sie müssen aufpassen, dass Sie es sich nicht mit Ihrem zukünftigen Koalitionspartner, den GRÜNEN, verscherzen. Es geht um Eingriffe ins Eigentumsrecht. Es geht um Eingriffe in die Landwirtschaft. Wir hoffen, dass am Ende eine Lösung herauskommt, die das Eigentum schützt und nicht nur die allgemeinen Interessen in den Vordergrund stellt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Die Kollegin Jakob von den FREIEN WÄHLERN hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie haben gerade von Starkwetterereignissen gesprochen, von HQ100, die sich häufen und auch Ihre Region betroffen haben.

Andreas Winhart (AfD): Entschuldigung, ich habe das akustisch nicht verstanden.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Wie ordnen Sie das im Hinblick darauf ein, dass Sie ständig und immer und überall den Klimawandel leugnen? Woher kommt diese Häufung der Starkwetterereignisse? Worin liegt Ihrer Meinung nach ihr Ursprung?

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD) – Gegenruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Andreas Winhart (AfD): Es ist ganz einfach. Die Retentionsflächen verschwinden durch den hohen Siedlungsdruck. Das habe ich schon in der letzten Haushaltsdebatte angemerkt, dass wir an das Thema ranmüssen. Ich glaube, diesbezüglich ist jeder von uns gefragt. Man kann das ins Lächerliche ziehen, wenn ich das hier sage. Gerade aber Sie von den FREIEN WÄHLERN als kommunalpolitische Partei wären damit sehr gut beraten.

Das andere ist: Es gab schon immer Hochwasser und Hochwasserereignisse. Ich habe den Kollegen von den GRÜNEN schon letztes Mal darauf hinweisen müssen. Schauen Sie sich die Hochwassermarken an historischen Gebäuden zum Teil aus dem 16. oder 17. Jahrhundert an. Das war schon immer so.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Das war vor 500 Jahren!)

– Herr Schuberl, Sie haben sich das in Passau wohl mittlerweile angeschaut, sehr gut! Dann haben Sie Ihre Hausaufgaben gemacht und haben jetzt dazugelernt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Hochwasserschutz ist unglaublich wichtig. Wir alle wissen, durch die Klimaerhitzung

(Lachen bei der AfD – Ferdinand Mang (AfD): Wahnsinnig "überhitzt!" – Zurufe von der AfD)

nehmen die Starkregenereignisse massiv zu. Es gibt 20 % mehr Niederschläge, weil wärmere Luft mehr Feuchtigkeit speichern kann – auch wenn die Klimaleugner von rechts jetzt brüllen. Offensichtlich sind sie nicht von diesen Überschwemmungen betroffen. Ihre Grundstücke sind nicht überschwemmt. Sie sind nicht von den Sorgen betroffen, wie jene, die nicht mehr zu wissen, wie die Schäden bezahlt werden sollen. Es sind Menschen ums Leben gekommen. Sie sind von alldem nicht betroffen; denn sonst würden Sie nicht so reagieren, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir brauchen natürlichen Hochwasserschutz. Wir müssen dafür sorgen, dass das Wasser in der Fläche bleibt, wir nicht so viel versiegeln, müssen die Städte zu Schwammstädten machen und mehr Grün schaffen. Das ist extrem wichtig. Dafür müssen wir mehr Geld aufwenden. Dafür müssen wir auch mehr Energie aufwenden.

Natürlich brauchen wir auch technischen Hochwasserschutz. Wir brauchen Flutpolder, weil der Boden bei Starkregenereignissen wie in den letzten Tagen bei den Vb-Tiefdruckgebieten irgendwann so gesättigt ist, dass das Wasser einfach abläuft. Es läuft in die kleineren Flüsse und von dort in die größeren Flüsse wie die Donau. Deswegen brauchen wir Flutpolder. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir in der Wasserwirtschaft mehr Personal haben. Ich sage das ganz ehrlich. Edmund Stoiber hat damals in der Wasserwirtschaft massiv gespart. Herr Flierl, sagen sie doch endlich, dass das

ein Fehler war und man diesen Stellenabbau bis heute nicht kompensiert hat. Jetzt sind wir in der Falle, weil wir nicht genügend Fachkräfte haben. Trotzdem müssen wir alles dafür tun, damit wir mehr Personal bekommen.Wir müssen mehr Geld aufwenden, und wir müssen vor allem die Prozesse beschleunigen. Fast 25 Jahre für die Planung eines Flutpolders! Über 20 Jahre für die Planung eines Hochwasserrückhaltebeckens bei Dinkelscherben! Dort hat es schwäbische Orte voll erwischt hat! Das kann nicht sein. Deswegen stimmen wir dem CSU-Antrag zu. Das ist ein Teil der ganzen Geschichte.

Der andere Teil ist aber, dass man es durchsetzen muss. Sogar Hubert Aiwanger hat inzwischen gelernt, dass man mit Flutpoldern keine populistischen Spiele veranstaltet. Aber die AfD sollte ganz ruhig sein. Herr Mannes hat selbst noch 2018 in Schwaben Unterschriften gegen Flutpolder gesammelt. Sie sind total verantwortungslos. Sie brauchen bei dieser Frage gar nicht mitzureden, weil es da um Bevölkerungsschutz geht. Sie haben damit überhaupt nichts am Hut. Sie arbeiten gegen unsere Demokratie.

(Ferdinand Mang (AfD): Ach so, der Oberdemokrat!)

– Dann fragen Sie mal den Herrn Mannes, was er damals in Schwaben gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen da vorankommen. Wir brauchen mehr Geld, wir brauchen mehr Personal. Wir müssen das Thema voranbringen. Wir müssen es aber auch durchsetzen. Das wird die Nagelprobe und die Entscheidungsfrage für alle: Stehen wir hinter dem Hochwasserschutz? Wollen wir Menschenleben retten, und wollen wir Milliardenwerte sichern? – Dann müssen wir jetzt loslegen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, bleiben Sie bitte kurz am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Mannes, AfD, vor. – Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Von wem?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Von Gerd Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Sie haben wie immer keine Ahnung.

(Heiterkeit bei der AfD)

Sie haben es jetzt wieder deutlich gesagt.

Damals – ich stehe auch noch dazu; das können Sie sich mal merken – haben wir gesagt: Hochwasserschutz ja, kein Flutpolder. Jetzt haben Sie in Schwaben diese Hochwasserkatastrophe gesehen. Und was ist passiert? – Alle kleinen Bäche sind über die Ufer getreten. Damals war es so – ich stehe auch heute noch dazu –, dass wir eine Bürgerinitiative gemacht und gesagt haben, wir müssen zuerst den Grundschutz garantieren. Der Flutpolder in Riedensheim wurde noch nicht einmal aufgemacht. Ich sage Ihnen, weil Sie nicht in der Materie sind: Flutpolder sind ein hochkomplexes Thema.

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Dann muss man halt wissen, worum es geht!)

Noch einmal: Wir sind hier alle dafür, dass man erst mal den Grundschutz ausbauen muss. Ich verstehe nicht, wo das Problem sein soll. Jetzt erklären Sie mal, wo das Problem ist, wenn man den Grundschutz ausbaut. Das ist wichtig, richtig und notwendig.

(Beifall bei der AfD)

Florian von Brunn (SPD): Herr Mannes, es ist schon erstaunlich, wie Sie andere belehren, obwohl Sie selbst null Ahnung haben und komplett verantwortungslos sind.

(Zuruf von der AfD)

Sie reden es auch noch schön, dass Sie gegen den Flutpolder waren, obwohl die Menschen dort jetzt abgesoffen sind.

(Gerd Mannes (AfD): Sie haben den Flutpolder nicht aufgemacht!)

– Es geht hier auch nicht nur um Flutpolder; es geht um Hochwasserrückhaltebecken! Sie machen mit Ihrem verantwortungslosen Kurs weiter. Ich weiß nicht, woran es liegt: Sauerstoffmangel, dauerhafte mentale Beeinträchtigung, kollektive Beeinträchtigung der AfD in dieser Hinsicht? – Wahrscheinlich kapieren Sie es erst, wenn Ihnen selbst das Wasser bis zum Hals steht. Und noch nicht einmal das ist sicher!

Gut, dass wir es ohne die AfD machen können, weil von Ihnen keine Vernunft und keine rationale Politik zu erwarten ist.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Marina Jakob für die FREIEN WÄHLER.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal darf ich unseren Minister Thorsten Glauber entschuldigen; er wäre natürlich gerne da gewesen. Sie alle haben letzte Woche schon gehört – wir werden es auch nächste Woche im Ausschuss wieder hören –, wie wichtig ihm der Hochwasserschutz ist. Er ist heute allerdings Gastgeber der Verbraucherschutzministerkonferenz und kann aufgrund dessen nicht da sein.

Fakt ist: Wir haben bereits über 4 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert. Wir haben dadurch über 565.000 Anwohner geschützt. Wir in Bayern investieren mehr

als alle anderen Bundesländer in den Hochwasserschutz und in den Klimaschutz. Das muss einfach mal gesagt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dennoch ist es richtig, dass es offene Projekte gibt, die umgesetzt werden können. Wir möchten dafür die Mittel im nächsten Nachtragshaushalt erhöhen. Das ist der richtige Zeitpunkt, und dort ist es richtig angesiedelt.

Wir in Bayern machen bereits HQ100 plus Klimazuschlag. Das ist im LEP und auch in den Regionalplänen ausreichend verankert. Wir brauchen nicht noch zusätzliche Lösungen oder irgendwelche Verankerungen. Wir machen das und wir bauen das bereits. Jede Hochwasserschutzmaßnahme ist auf HQ100 plus Klimazuschlag ausgelegt.

Auch hier stimmen die Karten. Ich weiß nicht, ob Sie draußen waren. Ich habe mit vielen Bürgermeistern geredet. Ich habe mir auch zu Hause in meinem Ortsteil Achsheim angeschaut, was überschwemmt ist und was die Karten sagen, was überschwemmt sein soll. Tatsächlich stimmt das eins zu eins mit HQ100 überein.

Liebe GRÜNE, deswegen ist es in Ihrem Antrag vollkommen unnötig, darauf noch einmal einzugehen. In Artikel 46 Absatz 1 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes ist das festgeschrieben. Das wird weiterhin überarbeitet und auf dem Laufenden gehalten.

Uns ist es besonders wichtig, den Hochwasserschutz pragmatischer anzugehen. Wir müssen Verfahren vereinfachen und diese nicht nur immer an den Wasserwirtschaftsämtern ansiedeln; es sind auch die Kommunen und die Landratsämter beteiligt. Wir wollen das gesamteinheitlich sehen und auf dem gesamten Verfahrensweg Vereinfachungen finden. Wir wollen auch eine Schutzgüterabwägung, aber diese ein bisschen ändern. Der Hochwasserschutz muss teilweise über dem Naturschutz stehen. Wir können nicht jede Kröte retten und das Verfahren hinauszögern,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

bis wir endlich dazu kommen, die Hochwasserschutzmaßnahme umzusetzen.

Jedes Hochwasserereignis bringt neue Informationen, neue Erkenntnisse. Wir gehen dann natürlich Änderungen an. Wir werden das auch dieses Mal machen. Ich verstehe nicht, warum Sie seit fast zwei Wochen immer wieder darauf herumreiten und versuchen, der Staatsregierung etwas anzukreiden, was in den letzten Jahren angeblich nicht gemacht wurde. Wir setzen den Hochwasserschutz kontinuierlich und mehr als jedes andere Bundesland in Deutschland um. Wir sind dran, wir bleiben dran.

Zum Punkt "mehr Stellen an den Wasserwirtschaftsämtern": Es ist halt so, dass auch in der Wasserwirtschaft Fachkräftemangel herrscht. Es gibt nach wie vor offene Stellen; solange die nicht besetzt sind, können wir nicht einfach neue Stellen schaffen, die dann, weil wir kein neues Personal finden, überhaupt nicht besetzt werden können. Deswegen müssen wir die Verfahren auch für die Menschen an den Wasserwirtschaftsämtern vereinfachen. Dann brauchen wir kein Personal, das sowieso nicht zur Verfügung steht.

Wir lehnen deshalb den Antrag der GRÜNEN ab und bitten um Zustimmung zum gemeinsamen Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes, AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Frau Jakob, Sie haben viel Richtiges gesagt. Wir stimmen Ihrem Antrag zu.

Sie haben aber leider beim Kollegen Winhart einen Aussetzer gehabt. Sie haben nämlich behauptet, Sie könnten Fluten und Hochwasser quasi durch CO_2-Einsparungen verhindern. Das ist falsch. Ich sage Ihnen das noch einmal.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Das habe ich nicht gesagt.

Gerd Mannes (AfD): Ich wohne selber im Hochwassergebiet. Es war noch nie so gut wie jetzt. Es gab die letzten tausend Jahre extrem viele Überflutungen. Selbst wenn das mit dem CO_2 stimmen sollte, dann wäre es ja so: Wir stoßen nur ganz wenig CO_2 aus; das Wachstum ist ja in China.

(Zuruf des Abgeordneten Maximilian Deisenhofer (GRÜNE))

Meinen Sie also nicht auch, es wäre besser, das, was wir bei Ihrem Klimaschutz in CO_2-Reduzierung investieren, in den Hochwasserschutz zu investieren, insbesondere in den Grundschutz? Dann wären wir beim Hochwasserschutz viel schneller und viel weiter. Sind Sie da nicht auch meiner Meinung?

(Beifall bei der AfD)

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Das zeigt natürlich wieder das einseitige Denken der AfD: Man setzt ganz viel Geld auf eines, und das andere wird dann schon irgendwie. – Das geht nicht. Wir müssen Hochwasserschutz und Klimaschutz machen. Das eine bedingt das andere. Auf das eine müssen wir uns vorbereiten, die Klimaerwärmung müssen wir stoppen. Wir müssen auch dort Geld investieren.

Deswegen sind Sie vollkommen auf der falschen Spur, wenn Sie nicht endlich anerkennen, dass wir hier Maßnahmen ergreifen müssen, um den CO_2-Ausstoß zu reduzieren. Das müssen aber Maßnahmen sein, die der Wirtschaft nicht schaden, sondern die Wirtschaft mitnehmen. Dann wären wir hier alle auf einem besseren Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Jakob. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/2432 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD sowie die AfD. Gegenstimmen! – CSU und FREIE WÄHLER. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/2464 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Die AfD-Fraktion nimmt nicht an der Abstimmung teil.

(Zurufe von der AfD)

Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.